

Donnerstag, 26. März 2020 Titelseite

## **Corona-Hilfen für Mieter bringen Hauseigentümer in Nöte**

**Rettungspaket in der Krise: Mieter dürfen bei finanziellen Problemen Zahlungen aussetzen – Vermieterverbände laufen Sturm, weil sie Insolvenzen bei Immobilieneigentümern fürchten**

Von Conrad von Meding

**Berlin/Hannover.** Der Staat nimmt Milliarden in die Hand, um Firmen und Arbeitnehmer vor schweren Folgen der Corona-Krise zu schützen. Landtag und Bundestag haben am Mittwoch die angekündigten Hilfsprogramme beschlossen. Umstritten ist allerdings eine Regelung, die Mietern helfen soll. Sie dürfen ab April ihre Zahlungen einstellen, wenn sie wegen der Corona-Problematik finanzielle Probleme bekommen. Der Vermieterverband Haus & Grund läuft Sturm: Er fürchtet, dass nun zwar Mieter geschützt sind, dafür aber Hauseigentümer in die Pleite getrieben werden. Sogar dem Mieterbund ist nicht ganz wohl bei der Regelung.

„Wir begrüßen die Initiative des Bundes, weil so Druck aus dem Thema genommen wird“, sagt Randolph Fries vom hannoverschen Mieterbund. Wenn jetzt Tausende Arbeitnehmer in Kurzarbeit gehen oder sogar arbeitslos werden, könne es Probleme mit den Mietzahlungen geben. Dann sei es richtig, dass die Menschen ihre Wohnung nicht verlören. „Aber wenn die Vermieter, die für ihre Immobilien ja oft Zins und Tilgung zahlen müssen, in die Insolvenz getrieben werden, ist auch niemandem gedient“, sagt Fries.

Laut bisheriger Gesetzesvorlage, dem das Kabinett schon am Montag zugestimmt hat, müssen Mieter nicht nachweisen, warum sie in Zahlungsnot geraten sind. „Der Zusammenhang zwischen Covid-19-Pandemie und Nichtleistung wird vermutet“, heißt es in dem Entwurf, dem am Freitag noch der Bundesrat zustimmen muss. Zunächst gilt der Kündigungsschutz wegen ausbleibender Mietzahlungen für die drei Monate April bis Juni. Das Geld muss



später trotzdem gezahlt werden – die Frist aber läuft bis September 2022.

Der Kündigungsschutz gilt für Privat- und kleine Gewerbemieter. Normalerweise darf bei zweimaligem Ausbleiben der Miete fristlos gekündigt werden. „Wir tun alles, um die wirtschaftliche Existenz der Menschen in der Corona-Krise zu sichern“, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD).

Hannovers Haus-&-Grund-Vorsitzender Rainer Beckmann staunt: „Wir sind sehr sozial eingestellt, kein Mieter soll seine Wohnung coronabedingt verlieren. Man darf aber den Vermietern nicht die Aufgaben des Sozialstaats aufbürden.“ Nach Angaben von Haus & Grund sind 67 Prozent der deutschen Wohnungen im Eigentum von Privatleuten. Oft seien es etwa Handwerksmeister, denen jetzt in der Corona-Krise die Einnahmen wegblieben. Wenn dann noch Mietzahlungen entfielen, zugleich aber die Banken auf Raten pochten, bringe man Immobilieneigentümer in Existenznöte.

Auch der Verband der Wohnungswirtschaft, in dem zahlreiche Genossenschaften und kommunale Wohnunternehmen organisiert sind, unterstützt die Initiative des Bundes, drängt aber in einer gemeinsamen Erklärung mit den Mietervereinen darauf, dass der Bund einen Hilfsfonds einrichtet. Aus dem müssten die Hauseigentümer entschädigt werden. Auch Haus & Grund hat einen solchen Fonds gefordert.